

1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

9/XVIII, 190

Sonn., den 7. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Rückblick und Ausblick</u> Nach der Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD in Essen	43
2 - 3	<u>Good-Will-Reise</u> Hamburg sucht verstärkte Kontakte zu Ostseeländern	59
3	<u>Weizenlieferungen</u> Ein sinnloser Vorschlag	31
4	<u>Glosse:</u> <u>Abschiedsreden ...</u> Schuss vor den Bug	40
5 - 8	<u>Die Vorgeschichte des Münchener Abkommens</u> Niemand hat Anlass zur Selbstgerechtigkeit Von Wenzel Jaksch, MdB	206

Chefredakteur Günter Markscheffel

Rückblick und Ausblick

Nach der Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD in Essen

G.M. - Die große Wirtschaftspolitische Tagung der SPD in Essen hat in der deutschen und internationalen Presse schon jetzt eine ausserordentlich starke Beachtung gefunden. Sicher ist, daß sich auch in der nächsten Zeit noch Fachzeitungen und -zeitschriften mit den in Essen entwickelten Thesen befassen werden.

Erfreulich ist zunächst die Feststellung, daß in der meisten deutschen Zeitungen klar herausgestellt wurde, worum es der SPD in Essen ging: Um die Darstellung einer ständig in Bewegung befindlichen Thematik, die weder mit Hilfe eines Dogmas noch durch das Wiederholen von Formeln im Griff einer modernen Staatsführung gehalten werden kann.

"Die Wirtschaft" - das ist in der modernen Industriegesellschaft nicht "ein Ding an sich", sondern die Summe aller ökonomischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Bewegungen im nationalen und internationalen Raum.

Vor noch nicht allzu langer Zeit haben viele Volkswirtschaftler geglaubt, - und es gibt auch jetzt noch Nationalökonomien, die es glauben - die Wirtschafts- und Finanzpolitik eines Staates könne losgelöst von ihrer eigentlichen Zweckbestimmung, dem Menschen zu dienen, in immer gültigen Gesetzen festgelegt werden. Der moderne Nationalökonom hat diese Denkschwelle längst überschritten, weil er weiß, daß die Industriegesellschaft von heute nur in Freiheit bestehen kann, wenn sie sich freiwillig in einem ständigen Wechselspiel der Kräfte zwischen ökonomischen und politischen Realitäten, sowie den sozialen Anforderungen der Gesellschaft bewegt. Willy Brandt nannte das "die dreifache Kombination von dynamischer Marktwirtschaft, monetärer und fiskalischer Globalsteuerung und richtig verstandener Wohlfahrtspolitik im Interesse des Ganzen"; und er fügte hinzu, daß diese dreifache Kombination die Lösung sei, die sich auf der Höhe der Zeit befinde.

Selbstverständlich wird es zu der einen oder anderen während der Essener Tagung diskutierten Frage auch noch weiterhin Diskussionen geben; ausserhalb und innerhalb der SPD. Das ist gut so. Wir haben hierbei nur den Wunsch, daß man sich an die tatsächlichen Texte der in Essen gehaltenen Reden und Diskussionsbeiträge hält und nicht an das, was man gern heraushören möchte.

Noch etwas anderes darf wohl in diesem Zusammenhang gesagt werden. Wirtschaftspolitik ist die unmittelbarste Form des Miterlebens der Bürger eines demokratischen Gemeinwesens bei der Gestaltung des Staatsinhaltes. Was auf wirtschaftlichen und sozialen sowie auf finanzpolitischen Gebiet innerhalb eines Staates geschieht, geht j e d e m an. Und deshalb ist das ständige Bemühen einer so großen Partei wie der Sozialdemokratie um das Verständlichmachen ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen eine Chance zur Verwirklichung unserer Verfassung, in der es heißt: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Good-Will-Reise

Hamburg sucht verstärkte Kontakte zu Ostseeländern

Die Good-Will-Reise der Hamburger Delegation durch die Ostseeländer mit dem Seebüderschiff "Wappen von Hamburg", in die sich Bürgermeister Neumann durch Besuche in Stockholm, Oslo und Kopenhagen einschaltete, nähert sich dem Ende. Es war das erste Mal nach 1945, daß Wirtschaftler und Politiker aus der Bundesrepublik das Augenmerk so betont auf den Ostseeraum richteten, der in mancherlei Beziehung aus besonderer Sicht ein wenig nebensächlich behandelt worden ist.

Auf alle Fälle muß begrüßt werden, daß seitens der Hamburger nunmehr das große Interesse unterstrichen worden ist, das die Bundesrepublik ihren Handelsbeziehungen und auch politischen Verbindungen im Ostseeraum beimißt. Das Geschehen in Europa spielt sich eben nicht nur im Dreieck zwischen Bonn, Paris und Brüssel ab.

Ernsthafter Prüfung wert

Bei allem hat natürlich der Besuch des sowjetischen Hafens von Leningrad das größte Aufsehen hervorgerufen. Und hier ist es vor allem der Vorschlag, den der Hamburger Senator a. D. Plate dem stellvertretenden russischen Schifffahrtsminister Dimitri Sotow machte, der einer ernsthaften Prüfung wert ist. Die Hamburger wüßten, daß die vor dem Krieg schon vorhanden gewesene deutsch-sowjetische Transport-Gesellschaft wieder ins Leben gerufen wird. Das bedeutet für Hamburg praktisch, daß es den Russen ein Freihafengebiet einräumt, besondere Lager- und Verladeanlagen bereitstellt und so seinen Umschlag erhöht.

Während in der Vorkriegszeit durch diese Transportgesellschaft eine Million Tonnen Waren nach und von Rußland über den Hamburger Hafen liefen, sind es jetzt erst wieder rund 200 000 Tonnen. Man sollte die Anregung der Hamburger prüfen und möglicherweise an tschechoslowakischen Modell orientieren, denn das Prager Umschlagsunternehmen verfügt in Hamburg nunmehr über 300 000 Quadratmeter Lagerfläche.

Bauern bauen ihre Häfen aus

Auf der anderen Seite ist den Hamburger Wirtschaftlern und Politikern in Leningrad klar geworden, in welchem Maße wichtige russische Häfen gegenwärtig modernisiert und zu schnellen Häfen gemacht werden. So läßt man zur Zeit in Archangelsk 13 Portalkräne mit einer Hebeleistung bis acht Tonnen sowie vier Schwimmkräne aufstellen, ein Trockendock für Schiffe bis zu 180 Meter Länge bauen und die Kaiwand um 1,5 Kilometer verlängern. In Murmansk werden acht Kräne bis vierzig Tonnen aufgestellt und ein Trockendock für Schiffe bis zu 20 000 BRT gebaut. In Libau werden zwölf Kräne bis vierzig Tonnen installiert. Dort soll ferner ein Schwimmdock für Schiffe bis 10 000 Tonnen BRT stationiert werden. Ähnliche Angaben liegen für die Häfen Ertan, Kertsch, Cherson, Nikolajew, Noworossijsk, Odessa, Poti, Rostow und Sewastopol vor.

Auf der anderen Seite konnte auf der Ostseeroute auch Bilanz über den Umschlag gezogen werden, der nunmehr von Finnland, Schweden, Sowjetrußland, Polen, Norwegen und Dänemark über den Hamburger Hafen läuft. Auch hierbei war klar, daß Hamburg weitere Investitionen unternehmen muß, um als moderner und schneller Hafen seinen Stand zu halten.

ten und weiter auszubauen. Das vor allem, weil ja auch die Häfen weitlich von Hamburg an der Nordseeküste - so in Holland - enorm investieren.

Die Finnen schicken zur Zeit 45 Prozent ihres Warenverkehrs mit der Bundesrepublik über Hamburg und bei Schweden waren es 1962 Waren im Werte von 420 Millionen DM. Der russische Güterumschlag liegt - wie gesagt - erst bei 200 000 Tonnen jährlich. Nach Abschluß der deutsch-polnischen Handelsprotokolle verspricht sich Hamburg hier einen Umschlagsanstieg. Von den 590 Millionen DM an Erzeugnissen des deutsch-polnischen Handels gingen 1962 rund 26 Prozent der Einfuhr von und 37 Prozent der Ausfuhr nach Polen über Hamburg. Norwegen ließ 1962 Waren im Werte von 404 Millionen DM über Hamburg umschlagen, was 24 Prozent des Außenhandels zwischen dem Königreich und der Bundesrepublik waren. Am Anteil des dänischen Umschlages schließlich wurden 1962 in Hamburg Waren im Werte von 325 Millionen DM geladen oder gelöscht.

+ + +

Weizenlieferungen ...

Ein sinnloser Vorschlag

sp - In den Tagen nach dem 13. August 1963, als Ulbricht unter Zustimmung des ganzen Ostblocks die Schandmauer in Berlin errichten ließ, kündigte die Regierung Adenauer an, sie werde mit ihrer Verbündeten in unverzügliche Verhandlungen über ein Embargo gegen die Sowjetunion eintreten. Was daraus geworden ist, weiß alle Welt - nämlich nichts. Es kam nicht einmal zur Vorstufe von Verhandlungen, vielleicht auch aus dem Grunde, weil die Bundesregierung inzwischen erkannt hatte, daß sie mit ihrer Meinung auch nicht bei den besten Freunden ankommen werde.

Adenauer hat in den letzten Tagen seiner Kanzlerschaft anlässlich der sowjetischen Weizenkäufe in den Vereinigten Staaten seine damalige Lieblingsidee wieder aufgegriffen. Ginge es nach ihm, müßten alle jetzigen und künftigen Weizenlieferungen an Rußland, auch die deutschen, eingestellt werden. Doch es geht nicht mehr nach ihm, die Welt dreht sich in anderer Richtung als er sie wünscht; seine absurde, die Wirklichkeit völlig verkennende Idee einer Weizenblockade findet selbst in seiner eigenen Partei, deren Chef er immerhin noch bleibt, keine Resonanz. Was hat sich eigentlich der alte Herr dabei gedacht? Glaubte er, Mißwirtschaft und Missernten in der Sowjetunion würden zum Sturz der Regierung führen oder eine Sinnesänderung der Herren des Krenl bewirken? Bei den Weizenverkäufen an die Sowjetunion handelt es sich nicht um strategische Güter, ein solcher Handel kann auch nicht Beratungsgegenstand in der NATO sein - was von offiziöser Seite behauptet worden war. Der Vorschlag des noch amtierenden Bundeskanzlers ist also nicht ernst zu nehmen, aber er hat immerhin zu einigen bitteren Bemerkungen amerikanischer Politiker und Zeitungen geführt und Schatten auf die Staatsmannskunst des abtretenden Bundeskanzlers geworfen. Hatte er das nötig? Ist das sein Beitrag zur Auflockerung und Friedenssicherung?

+ + +

Glosse:

Abschiedsreden ...

Schuss vor den Bug

E.B. - Dr. Konrad Adenauers Abschiedsrede in München vor der CSU war, wie fast alle seine bisherigen Abschiedsreden, ein kräftiger Schuß vor den Bug des designierten Kabinettschiffers Erhardt und des Außenministers Schröder. Sie war, schon durch die Wahl des Ortes und des Personenkreises, vor dem sie gehalten wurde, eine Demonstration des Wunsches, wie und mit wem der abschiednehmende Kanzler nach seinem Rücktritt die Politik der Bundesrepublik zu beeinflussen gedenkt. Mit Strauss an der Spitze, im Gefolge eine CSU und vielleicht auch Teile der CDU, soll das de Gaulle'sche Rezept einer von den USA begünstigten Europapolitik angestrebt werden, die - sagen wir es klar und unmissverständlich - das Dreieck Madrid - Paris - Bonn - zur Basis hat. Dieser Kreis westdeutscher Politiker weiß, w a r u m Adenauer seinerzeit dem mit der Wahrheit nicht immer glimpflich umgehenden Strauss eine "großartige politische Zukunft" vorausgesagt hat - und handelt danach.

Entspannung? - Ich weiß nicht, was das ist.

Weizen? - Nur die größten Käiber wählen ihre Metzger selber

De Gaulle? - Er will wie wir die Wiedervereinigung Deutschlands; hat er mir selbst gesagt.

Kennedy? USA? - Kenne ich nicht. Nie was davon gehört.

Amerikas Hilfe für Deutschland, die Garantien für Berlin? -

Was Sie nicht sagen!

Das CSU-Volk hat gejubelt, heißt es in den Berichten. Adenauer bleibt sich treu bis in den Abschied. Primitiv bis zum Exzess, damit auch jeder merkt - Lieschen Müller und Frau Dr. Lieschen Müller - was die Stunde schlagen soll.

Adenauers Münchener Rede i s t "das München", von dem in den letzten Tagen soviel geschrieben wurde. Das München der Feldherrnhalle vom Jahre 1923, das München der Chamberlain und Daladier vom Jahre 1938 und jetzt das München der Adenauer und Strauss vom Jahre 1963.

Dabei können die Münchener selbst gar nichts dafür. Sie wählen seit Jahren einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister mit wachsender Mehrheit. Aber daß ihre schöne Stadt seit Jahrzehnten von M i c h i - Münchenern wieder in den Ruf gebracht wird, bei ihnen stelle man die Weichen der deutschen und europäischen Politik falsch, d a s haben sie nicht verdient!

* * *

Unabhängig davon: In der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU ist eine Auseinandersetzung über die Richtung der Außen- und Deutschlandpolitik im Gange, die nicht ohne Schaden für die gemeinsamen Interessen a l l e r Deutschen endlos in Form von Sonntags- oder Abschiedsreden fortgesetzt werden kann. Das sollten sich alle diejenigen, die es angeht, sagen lassen; es sei denn, sie w o l l e n gar nicht an die gemeinsamen Interessen denken.

+ + +

Die Vorgeschichte des Münchener Abkommens

Niemand hat Anlass zur Selbstgerechtigkeit
Von Wenzel Jaksch, MdB

Mancher historische Rückblick wird sich in diesen Tagen der welt-politischen Entscheidung zuwenden, die vor 25 Jahren gefallen ist. Eine Viermächtekonferenz in München hat am 29. September 1938 ent-schieden, daß die sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei inner-halb von zehn Tagen an Deutschland abzutreten sind. Diese Entschei-dung war ein diplomatischer Triumph Hitlers und ein Rückzug der west-lichen Demokratien vor der Drohung des gezückten Schwertes. Hinter diesem weltgeschichtlichen Faktum ist der eigentliche Streitfall in den Hintergrund getreten, nämlich die Frage, ob eine andere Lösung des tschechisch-sudetendeutschen Problems möglich gewesen wäre, die Hitlers Anlauf zum zweiten Weltkrieg erschwert hätte. Die deutsche Geschichtswissenschaft ist dieser Frage bisher nicht nähergetreten. In England und Frankreich hingegen ist das Abkommen von München längst ein innerpolitischer Streitfall geworden und die "Munichois", die "Hän-ner von München", werden allzu leichtfertig als Handlanger Hitlers abgeurteilt. Die Kernfrage aber ist die Manövriertfähigkeit der Demo-kratien gegenüber einer übernationalen, totalitären Strategie: ge-sterb, heute und morgen.

Auf des Messers Schneide ...

Die Rückschau auf das Abkommen von München bietet keinen Anlaß zu demokratischer Selbstgerechtigkeit. Die europäische Demokratie hat die Partie gegen Mussolini und Hitler verdammt schlecht gespielt. Mit etwas mehr historischer Einsicht, mehr kollektivem Verantwortungsgelühl und demokratischer Solidarität hätte der zweite Weltkrieg abge-wendet oder im Keime erstickt werden können. Noch im Sommer 1938 stand alles auf des Messers Schneide. Dafür gibt es in der Bundesrepublik gut hunderttausend Zeugen. Sie sind allerdings Sudetendeutsche. Ihre bloße Existenz ist aber ein Störungsfaktor im Blickfeld einer gedanken-trägen Geschichtswissenschaft, welche nun einmal beschlossen hat, daß allein die Sudetendeutschen für die "Sudetenkrise" von 1938 verantwor-tlich sind. Es gab jedoch Deutsche, die den Rückzug der europäischen Demokratie nicht mitmachen wollten. Wer gedenkt noch der namenlosen Sol-daten der Freiheit, die auf Schleichpfaden die Botschaften der deut-schen Opposition über die Grenzberge nach Böhmen brachten und auf Dün-nendruckpapier verbotene Literatur ins Dritte Reich schmuggelten? Sie ha-ben in den Schicksalstagen von 1938 Kopf und Kragen riskiert, um die freie Welt wissen zu lassen, daß in Deutschland ein Krieg gegen die Tschechoslowakei äußerst unpopulär gewesen wäre. Andere Botschafter der deutschen Opposition gingen nach Paris und London, wo sie vor einem weiteren Zurückweichen abrieteten, aber feststellen mußten, daß viele westliche Staatsmänner eine deutsche Revolution gegen Hitler garnicht wollten. Und wer hat die Kundgebungswelle der sudetendeutschen Sozial-demokraten verzeichnet, die von Falkenau und Karlsbad über Komotau, Teplice, Aussig, Bodenbach, Trautenau bis nach Sudetenschlesien und Deutschmähren rollte vom 1. Mai 1938 bis in die kritischen Septembertage hinein? Führende Männer der europäischen Arbeiterbewegung und der amerikanischen Gewerkschaften sind Zeugen dieses letzten Aufbäumens einer deutschen Freiheitsgesinnung gewesen (von den Lebenden sind noch der schwedische Außenminister Torsten Nilson zu nennen, der britische Nobelpreisträger Philip Noel Baker und der zum Deutschenverächter gewor-

dene Richard Grossmann). Die Teilnehmer dieser Kundgebungen wußten sehr wohl, daß sie das Schicksal allein nicht wenden konnten, doch sie wußten auch, daß es um die Abwendung eines zweiten Weltkrieges ging und um die Aufrüttelung der Widerstandskräfte Europas gegen das drohende Unheil. Alle, die damals in Europa dem Vormarsch der Diktaturen Einhalt gebieten wollten, blickten in den Jahren der "Sudetenkrise" hoffend nach Prag.

Die grossen Versager

Von Prag hätte die friedliche Entwirrung kommen müssen und das Signal zum entschlossenen Widerstand gegen einen weiteren Vormarsch des Nationalsozialismus. Doch Prag war kein freiheitliches Widerstandszentrum. Das "Bollwerk der Demokratie im Herzen Europas" existierte nur auf dem Papier der tschechoslowakischen Staatspropaganda. Masaryk hatte keine "höhere Schweiz" geschaffen, sondern einen höchst problematischen Nationalitätenstaat. Seine Nachfolger, die sich als "große Europäer" feiern liessen, entpuppten sich in der Stunde der Prüfung als nationalistische Krämerseelen, die eines kühnen und großzügigen Handelns nicht fähig waren. 1933, als Hitler in Deutschland die Macht ergriff, waren die Sudetendeutschen im Prager Parlament noch zu 80 Prozent von geüßigten, staatsbejahenden Parteien vertreten. Obwohl dem Nationalsozialismus auch bei den Sudetendeutschen rasch an Boden gewann, wären nach 1933 alle Voraussetzungen zu einem Ausgleich mit der demokratischen Mehrheit dieser Volksgruppe gegeben gewesen. Der Gongschlag von 1933 wurde in Prag überhört. Nichts geschah, um in deutschen Grenzgebiet offenkundige Diskriminierungen zu beseitigen, deren Fortbestand Wasser auf die Mühlen der Staatsverneinung lenkte. Nichts geschah, um den wirtschaftlichen Notstand in den sudetendeutschen "Industriefriedhöfen" zu steuern. 1934 wurde auch der zweite Gongschlag überhört, der Sieg des Heimwehrfaschismus im benachbarten Österreich. 1935 erfolgte der dritte Gongschlag, indem die "Sudetendeutsche Partei" Heuleins bei den Parlamentswahlen eine Zweidrittelmehrheit erreichte. Weit davon entfernt, sich geschlagen zu geben, ging die junge Generation der demokratischen Sudetenparteien 1936 zum Gegenangriff über. Die zentrale Forderung der Jungaktivisten war die Anerkennung der Sudetendeutschen als "zweites Staatsvolk", ihr erster Erfolg das nationalpolitische Abkommen vom 18. Februar 1937, das wenigstens die ersten Schritte zur Gleichberechtigung verzichtete. Das Ringen im sudetendeutschen Lager zwischen Staatsverneinung und Staatsbejahung blieb offen bis zum gewaltsamen Anschluß Österreichs im Februar 1938. Das war der vierte Gongschlag und die letzte Warnung an den Prager Staatsnationalismus. In dieser Lage gaben die Reste des Bundes der Landwirte und der deutschen Christlichsozialen die Hoffnung auf eine innerpolitische Lösung auf. Unrig blieb eine wählernässig geschwächte aber organisatorisch völlig intakte sudetendeutsche Sozialdemokratie. Allein weiterkämpferisch bot sie noch immer eine Ausgangsposition für eine demokratische Gegenoffensive dar, weil auch der starke autonomistische Flügel der Sudetendeutschen Partei ein Einvernehmen in letzter Stunde gegenüber Katastrophentlösungen bevorzugt hätte.

Das Gesetz des Handelns lag noch bei Prag

Der Ruf zum rettenden Handeln ging immer wieder von der schwerbedrängten sudetendeutschen Sozialdemokratie aus. Nicht nur in Prag und im Grenzland, sondern auch in Paris und London warnte sie favor, dem Unheilbringer Hitler durch demokratische Versäumnisse den Weg zu ebnen. Es war ein Weg durch die Hölle entfesselter Leidenschaften. Riesengroß stand die Vernichtungsandrohung des Nationalsozialismus jeder entgegen, der sich ihm in den Weg stellte. Kleinlich, unbelehrbar beharrte der

tschechische Staatsnationalismus auf den fragwürdigen Vorteilen, die ihm die Gewaltlösungen von 1918 in den Schoß geworfen hatten. Selbst die Verteidigungsmaßnahmen des Staates wurden noch zur Verdrängung deutscher Arbeitnehmer mißbraucht; während die Einlösung der Zusagen vom 18. Februar 1938 im Schnecken tempo voranging.

Bis an die Grenze der Selbstverleugnung haben wir damals die positiven Seiten des tschechisch-deutschen Zusammenlebens unzertrüben. Als Regierungspartei mußten die sudetendeutschen Sozialdemokraten offenkundige Illoyalitäten der tschechischen Koalitionspartner hinnehmen, wollten sie weiterhin die schützende Hand über die deutsche antihitlerische Emigration halten und eine offene Verbrüderung tschechischer Rechtskreise mit dem Nationalsozialismus verhindern. Jenen, die noch immer daran glauben, die erste Tschechoslowakei sei an dem "Hochverrat" der Sudetendeutschen zugrunde gegangen, hält die Sprache diplomatischer Dokumente entgegen, daß der Führer der mächtigen tschechischen Agrarpartei Blazan schon seit Februar 1938 mit Hitlers Gesandten Eischlohr wegen der Verdrängung der sudetendeutschen Sozialdemokraten aus der Regierung konspirierte. Im gleichen Jahre ist eine überwiegende Mehrheit der wehrpflichtigen Sudetendeutschen bei zwei tschechoslowakischen Mobilisierungen dem Rufe des Staates gefolgt, der sie zwei Jahrzehnte lang als Bürger zweiter Klasse behandelt hatte.

"Viele Möglichkeiten wurden vertan"

Die erste Mobilisierung im Mai 1938 war zweifellos ein Prestigeerfolg der Tschechoslowakei. Zufälle (wie die Bestellung eines Sonderzuges durch die britische Botschaft in Berlin) wirkten mit, den Anschein einer festen Haltung Großbritanniens und Frankreichs zu erwecken. Hitler mußte mit Versicherungen seiner Friedensliebe den Rückzug antreten, gab jedoch gleichzeitig den Bauauftrag für den Westwall, um sich für die nächste Kraftprobe besser abzuschirmen.

Dies war der günstige Augenblick für eine demokratische Gegenoffensive. Dr. Ripka (der spätere Exilminister und Senesch des späteren Mitarbeiter) vertrat ein Jahr später in seinem Buch "Munich Before and After" den Standpunkt, die tschechischen Politiker hätten gleich im Anschluß an den 21. Mai 1938 eine großzügige Lösung ("a broadminded solution") des Nationalitätenproblems vorschlagen sollen. Und er fügt hinzu:

"Diese Lösung hätte rasch durchgeführt werden müssen - spätestens bis Ende Juli. Diese Lösung wäre am besten im Einvernehmen mit der Sudetendeutschen Partei durchzuführen gewesen, gegebenenfalls auch ohne sie, auf jeden Fall aber im Einvernehmen mit den demokratischen Sudetendeutschen."

Es war nach Ripkas Meinung ein großer Fehler, dies nicht zu tun und Hitler das Gesetz des Handelns zurückzugeben, denn

"Indem wir (die tschechischen Staatsmänner) verabsäumten, eine klare und konstruktive Linie zu beziehen, erweckten wir bei vielen Leuten im Westen, auch bei denen, die uns gut gesinnt waren, den Eindruck, daß wir es mit der Regelung unseres Nationalitätenproblems nicht ernst meinten."

Diesem Eindruck allerdings hatten viele Sudetendeutschen auch, einschließlic der entschiedensten Demokraten, die von einer Befreiung durch Hitler nichts wissen wollten. Ihnen billigte der tschechische Historiker und spätere Vertreibungspolitiker Ripka noch im Jahre 1938 zu, daß sie die Sehenden unter Blinden waren, weil sie sowohl den Tschechen wie auch den eigenen Landsleuten den einzig gangbaren friedlichen Ausweg zeigten.

Hier ist Ripkas Zeugnis:

"Eine vereinbarte und maßvolle Lösung (des tschechisch-deutschen Problems) würde stets von den sudetendeutschen Nazigegegnern befürwortet, welche niemals weniger als ein Drittel des Ganzen zählten; das wurde heimlich auch von einem großen Teil jener Sudetendeutschen herbeigewünscht, die, obwohl aus verschiedenen Gründen zur Partei Henleins gehörend, nicht in Übereinstimmung mit den Extremisten waren."

Ripka fügte dieser Klarstellung noch ein Schuldbekenntnis der Benesch-Politik hinzu, daß jede ehrliche Bewertung des Münchener Abkommens zur Kenntnis nehmen sollte:

"Unser Hauptfehler war, daß wir nicht versucht haben, mit dem sudetendeutschen Volk zu einem Vergleich zu kommen, anstatt mit Henlein."

Die Wahrheit ist, daß die europäischen Demokraten die Entscheidung von München ermöglichten, indem sie verabsäumten, gegen den Revisionismus Hitlers eine moralische Gegenposition zu bauen, welche die Zurückweisung seiner Kriegsdrohung vor dem Gewissen der Völker gerechtfertigt hätte. Dass die Behandlung der 3,3 Millionen Sudetendeutschen als eine "Minorität" neben einem aufrüstenden Deutschland unhaltbar geworden war, pfliffen seit 1935 die europäischen Spatzen von allen Dächern. Die Kunde von den krassen sozialen Notständen im Sudetenland ging durch die Welt- presse, Männer von Rang und Namen, wie Professor Arnold Toynbee, prangerten in englischen Zeitschriften die Diskriminierung der Sudeten- deutschen an. In der führenden Pariser Tageszeitung "Le Temps" wurde schon im Frühjahr die Frage aufgeworfen, ob es dafür stehe, drei Milli- onen junger Franzosen in einem neuen Krieg zu opfern, um drei Millionen Sudetendeutscher das Selbstbestimmungsrecht vorzuenthalten.

Die letzten Chancen

In einer europäischen Krise, die mutige Grundsatzentscheidungen forderte, vertrödelten Dr. Benesch und sein Ministerpräsident Dr. Hodscha in Prag kostbare Monate mit den taktischen Spielereien. Seit dem Hitler jedoch unter dem Vorwand von Sommermanövern im Spätsommer 1938 seine Truppen zusammenzog, war die Zeit des Taktierens vorbei. Letzte Chancen fielen einer demokratischen Widerstandspolitik zu, als der von den Engländern erzwungene IV. Plan Anfang September die Geis- ter in der Sudetendeutschen Partei schied und als sich Mitte Septem- ber gut 90 Prozent der Sudetendeutschen widerten, den Aufstandsparolen des geflüchteten Henlein zu folgen. In diesen Tagen bewies Benesch seine Unfähigkeit als Staatsmann und Gegenspieler Hitlers. Er schickte seinen Minister für soziale Fürsorge Jaromir Necas nach Paris mit dem Geheimplan, die deutschen Gebiete ausserhalb des Festungsgürtels an Deutschland abzutreten und dafür zwei Millionen Sudetendeutsche ins Dritte Reich "umzusiedeln". Diesen Tausch einem Hitler zuzumuten, vor dessen Kriegsdrohung halb Europa zitterte, war chauvinistischer Wahnsinn, der bei Benesch später zur Methode werden sollte. Die Folge war, daß die zuerst von tschechischer Seite vorgeschlagenen Gebietsabtretungen von den Westmächten aufgegriffen wurden. Wegen einfacher Press- fragen konnten sich aber Hitler und Chamberlain in Bad Godesberg noch nicht über den Handel einigen. Der Tschechoslowakei wurde daraufhin von den Westmächten noch einmal die Farce einer Generalmobilisierung zuge- standen, obwohl die Sache der Demokratie bereits verhandelt und verloren war. "Abgesehen von wenigen isolierten Ausnahmen befolgten die Sudeten- deutschen ohne Zögern den Mobilisierungsbefehl. Die deutschen Nazigege- ner rückten mit derselben Begeisterung ein wie die Tschechoslowaken selbst" (Ripka S. 137). Die Spinnerung an das Abkommen von München und an seine Folgen sollte für alle beteiligten Völker ein Grund zur ehrlichen Selbstkritik sein.